

»Erhöhungen von Fahrpreisen passen nicht zur Klimadiskussion.«

Jens Matthis



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresder Stadtrat

Dezember 2019



Des Unbändigen Zähmung

Nach Gutsherrenart hat der OB versucht, die Wahl der Aufsichtsräte zu unterminieren. Der Stadtrat hat dem ein selbstbewusstes Zeichen entgegengesetzt – und gewählt. » Seite 3

Geschüttelt und gerührt

Politik arbeitet gern mit den Emotionen derjenigen, die sie zu vertreten vorgibt. Wie wäre es stattdessen, diese einzubeziehen?

150.000 Euro hat die Party von Oberbürgermeister Dirk Hilbert für alle Neu-18-Jährigen im Rathaus gekostet. Man muss schon tief in die Tasche greifen, wenn politische Überzeugungsarbeit nur noch über hochprozentige Argumente funktioniert.

Dabei könnte es doch andere Wege geben, junge Menschen und auch Menschen anderen Alters für kommunalpolitische Vorgänge zu gewinnen – zum Beispiel, indem man sie in den Mittelpunkt politischen Wirkens stellt. Sei es, indem man kritisch nachfragt, wenn die Stadt Parkbänke entfernt, um dort schlafende Wohnungslose aus dem Stadtbild zu streichen, sei es, wenn

eine Mitarbeiterin unserer Fraktionsgeschäftsstelle auf Hinweis eines unserer Genossen so lange insistiert bis neue Behindertenparkplätze am Rathaus entstehen.

Aber: Kommunalpolitik kann dann Vertrauen aufbauen, wenn sie nicht nur für die Menschen, sondern auch mit ihnen stattfindet, sei es bei der Bürgerbeteiligung zur Reaktivierung der Robotron-Kantine oder bei der Diskussion um eine BRN-Satzung, die dem Fest vielleicht seinen selbstverwalteten Charakter zurückgibt.

Der Streit um die Poller am Striezelmarkt steht sinnbildlich für unser Selbstverständnis. Der Oberbürgermeister stellt berauschende

Partynächte auf der einen Seite und mögliche Terroranschläge auf der anderen Seite in Aussicht.

Immer geht's ums große Gefühl, der nüchterne Blick auf das, was unsere Gesellschaft wirklich braucht, tritt hinter der großen Emotion zurück und erst Recht der Anspruch, Politik für und mit mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu machen. Geschüttelt vor Angst oder durch wummernde Beats – so ist dem OB (und nicht nur ihm) das Wahlvolk am liebsten.

Dem setzen wir unsere alltägliche Arbeit entgegen, die aufgeführten Beispiele dafür finden sich auf den nächsten Seiten.

Die Redaktion

PARKBÄNKE

Aus den Augen – aus dem Sinn?

Stadtrat Christopher Colditz ist darauf aufmerksam gemacht worden, dass an der Grünanlage Wiener Platz, Ecke Reitbahn- und Breslauer Straße, von einem zum anderen Tag die Parkbänke fehlten. In diesem Bereich ruhten sich nicht nur ältere Dresdner*innen auf ihrem Heimweg vom Einkauf aus, auch Obdachlose, die in der Nacht einen trockenen Schlafplatz suchen, hat man dort öfter gesehen. Aus diesem Grund ist die Frage aufgeworfen worden, ob das Verschwinden der Parkbänke etwas mit den Obdachlosen zu tun haben könnte, auch wenn eine Verschmutzung in dieser Ecke schon länger ein Problem ist und sicher nicht erst durch Obdachlose verursacht wurde. So eine Entwicklung wäre enorm bedenklich und ist eigentlich eher aus wohl-situierteren Wohngegenden wie in München bekannt.

Daher stellte er die Frage an OB Hilbert: »Aus welchem Grund wurden die Sitzbänke entfernt?« Die Antwort auf diese Anfrage fiel sehr überraschend aus. » Seite 2

ABRISS VON PARKBÄNKEN

Ein Kampf gegen die Ärmsten

Es gab massive Beschwerden vorwiegend von Anliegern und Geschäften über starke Vermüllung der Bankplätze. Die Nutzung der Bänke als Schlafmöglichkeiten durch Obdachlose war ein weiterer Grund die Bänke zurückzubauen, so die Antwort von Oberbürgermeister Hilbert.

Dass die Stadt jetzt tatsächlich anfängt Parkbänke abzureißen, um Ob-

dachlose zu vertreiben, ist eine unfassbare Entwicklung. Der Stadt gehe es im Endeffekt darum, kosmetische Schönheitsreparaturen am Stadtbild zu vollziehen. Ganz nach dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn. Es ist fraglich, ob es tatsächlich Beschwerden von Anwohner*innen waren oder eher die Eigentümer der neu gebauten, hochpreisigen Apartments im Wiener Loch?

Christopher Colditz



Der Abriss von Parkbänken, um Obdachlose aus dem Stadtbild zu vertreiben, ist aus linker Sicht enorm bedenklich



Diese portablen Barrieren (neben der Kreuzkirche) sollen den Striezelmarkt vor Terrortrucks schützen.

VERMEINTLICHE SICHERHEIT

Wirbel um Schutz vor Terrortrucks

Seit ein LKW in Berlin in einen Weihnachtsmarkt gefahren ist, sind sich viele sicher: Der Terrortruck muss aufgehalten werden. Und zwar mit sehr stabilen Straßensperren.

Inzwischen wissen wir, dass der Attentäter auf Schritt und Tritt vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Eine bessere Methode, vor Terrortrucks geschützt zu sein, wäre also eine ordentliche Arbeit des Verfassungsschutzes, besser noch gar keine Arbeit, denn einige sagen auch, der V-Mann des Mörders hätte ihn angestiftet.

Wir wissen inzwischen auch, dass man Terror mit Messern, Bomben, Flugzeugen, Schusswaffen und allerlei Anderem ausüben kann. Verbrecherhirne sind erfindungsreich. Trotzdem wird der Stadtrat immer wieder mit dem Plan behelligt, Terrortruck-Straßensperren für viel Geld zu kaufen.

Öffentlich sichtbare Abwehrmaßnahmen führen jedoch nicht dazu, dass die Menschen sagen: »Danke, lieber Dirk Hilbert, dass wir hier so sicher Glühwein schlürfen und Schnitzfiguren kaufen können!« Sondern sie sagen: »Danke Merkel! Vor 2015 hätte es das nicht gegeben!« Manchmal kommt es mir so vor, als ob einige in der Stadtverwaltung genau das gern hören.

Wir LINKE hören das aber nicht gern. Wir wollen auch nicht, dass Hunderttausende ausgegeben werden, nur um gefühlte Unsicherheit sichtbar werden zu lassen, ohne dass dafür Sicherheit entsteht. Wer so irre ist, einen Anschlag auf den Striezelmarkt zu planen, wird einen Weg finden. Wer glaubt, dass technische Sicherheitsmaßnahmen so etwas verhindern können, irrt sich.

Tilo Kiebling

Hasskriminalität sichtbar machen

Am 20. November findet jährlich der Transgender Day of Remembrance statt, an dem weltweit den Opfern transfeindlicher Hass- und Gewalttaten gedacht wird.

Anlass zur Initiierung war der Mord an Rita Hester, einer afroamerikanischen Transfrau aus Boston im November 1988. Die Tat ist bis heute ungeklärt, eine Berichterstattung fand nahezu garnicht statt. Laut Angaben des Projektes Trans Murder Monitoring wurden seit 2008 weltweit 3317 Trans*Personen ermordet. Zwischen dem 1. Oktober 2018 und dem 30. September 2019 waren es allein 331 Personen. Die Dunkelziffer liegt vermutlich noch viel höher, da in vielen Ländern, wie auch zum Beispiel in Deutschland, transfeindliche Verbrechen nicht explizit statistisch erfasst werden oder Vorfälle gar nicht erst zur Anzeige gebracht werden. Dabei werden Trans* Menschen routinemäßig geschlagen, erpresst und gemobbt. In einer Erhebung der EU-Grundrechteagentur geben 58 Prozent der befragten Trans*Personen aus

Deutschland an, innerhalb des letzten Jahres diskriminiert oder belästigt worden zu sein. Die LAG Queeres Netzwerk Sachsen macht in einer eigenen Studie zu Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle, Queere) deutlich, dass Gewalt zum Alltag von LSBTTIQ* in Sachsen gehört und nur etwa vier Prozent der Taten zur Anzeige gebracht werden.

Trans*Personen sind meist anonyme Opfer, die dem Hass ausgeliefert sind. Wir wollen nicht vergessen und darauf aufmerksam machen, dass täglich Menschen diskriminiert werden, in Angst leben und aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität sterben müssen.

Auch in Dresden und im Dresdner Stadtrat gehört es zu unseren Aufgaben, eine Stimme für

die Menschen zu sein, die sonst nicht gehört und gesehen werden. Es gilt, diese Menschen zu stärken und gegen Gewalt und Diskriminierung vorzugehen. Auch in unserem Wahlprogramm sind Thesen eingeflossen, die darauf abzielen, Dresden zu einer Stadt werden zu lassen, in der wir ohne Hass und gewaltfrei neben- und miteinander leben können. So fordern wir zum Beispiel die Erhöhung der Plätze in den Frauenschutzhäusern und der Mädchenzukunft, die finanzielle Absicherung der Projekte und Vereine im Bereich Gleichstellung oder auch das Hissen der Regenbogenflagge am Christopher-Street-Day.

Caroline Lentz



Kampagnen-Motiv der Linksjugend Dresden

Öffentlich, weil's wichtig ist

Beim Streit um die Aufsichtsräte denken viele an Postengeschacher. Dass dahinter ein politischer Konflikt steht, hat ausgerechnet Dirk Hilbert offengelegt.

»Im dritten Anlauf konnten nun endlich die Aufsichtsräte für die städtischen Unternehmen gewählt und damit deren demokratische Kontrolle gesichert werden«, erklärte André Schollbach nach der Sonderstadtratssitzung am 5. Dezember und beschrieb damit den Kern der Auseinandersetzung der letzten Wochen.

Eklat mit Ansage

Schon in der Sitzung Ende Oktober hatte der Oberbürgermeister die Besetzung der Aufsichtsräte der Unternehmen mit städtischer Beteiligung von der Tagesordnung streichen lassen. Die Begründung war so gewagt wie inkonsequent. Er behauptete: die von SPD, LINKEN, Grünen und Fraktionslosen angedachte Wahl der Mitglieder sei rechtlich bedenklich. Zweites Argument: die Listen der zu wählenden Personen seien zu spät eingereicht worden. Schon damals war klar: dem Stadtrat das Recht absprechen, Aufsichtsräte zu wählen, weil im Hause Hilbert der Druck von Wahlscheitern zu lange dauern würde? Absurd. Es war ebenfalls klar: wenn die Besetzung der Aufsichtsräte den Mehrheitsverhältnissen im Rat entsprechen sollte, dann ginge das doch auch per Wahl.

Verschiedene Besetzungsverfahren

Zur Erläuterung: dem Stadtrat standen drei verschiedene Besetzungsverfahren für die Aufsichtsräte zur Verfügung. Die Stadträtinnen und Stadträte hätten sich auf eine Gesamtbesetzung der Aufsichtsräte einigen können. Eine Einigung über Kandidatinnen und Kandidaten der AfD? Für viele ausgeschlossen.

Die Fraktionen des Stadtrates hätten ihre Mitglieder benennen können. Das hätte die Großen bevorzugt, die kleineren Fraktionen wären komplett oder weitestgehend leer ausgegangen. Nach demokratischen Gesichtspunkten fragwürdig.

Die dritte Variante war die Wahl, gegen die der Oberbürgermeister zu Felde zog – bis vor die Landesdirektion, die kommunale Rechtsaufsicht. Nur: die sah eine Wahl der Aufsichtsräte als rechtlich möglich an.

Der Privatisierer droht

Den Oberbürgermeister indes juckte das wenig. Er drohte im Vorfeld der November-Sitzung damit, die Aufsichtsräte mit Verwaltungsfachleuten zu besetzen, wenn keine Besetzung zu Stande käme. Bei Grün-Rot-Rot war indes die Hoffnungen groß, den vorge-schobenen Bedenken begegnen zu kön-



André Schollbach, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, appelliert an den Stadtrat, die Wahlen der Aufsichtsräte schnellstmöglich durchzuführen.

»OB Hilbert hat sich nicht mit Ruhm bekleckert.«

André Schollbach

nen – zumindest bis am 21. November, um 16 Uhr die Sitzung begann. Wieder griff der Oberbürgermeister tief in die Trickkiste. Diesmal begründete er die erneute Vertagung der Aufsichtsratsbesetzung mit den nicht eingereichten Listen von CDU und FDP. Deren Recht, selbst im entsprechenden Tagesordnungspunkt noch Vorschläge zu machen? Laut OB: Geschenk! Die Antwort des Rates erfolgte prompt: Mit grün-roter Mehrheit wurde die so hingebogene Tagesordnung abgelehnt. Und der Oberbürgermeister? Machte einfach weiter. Schließlich sei er Herr über die Tagesordnung. Gutsherr, möchte man meinen. Nach einer turbulenten Auseinandersetzung setzten sich Grün-Rot-Rot mit der

Absetzung aller Tagesordnungstermine durch. Der Stadtrat konnte unverrichteter Dinge gehen.

Was danach folgte, war fast absehbar. In ungekannter Geschwindigkeit besetzte der Oberbürgermeister die Aufsichtsräte von Enso und Drewag umgehend mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Hilbert gegen öffentliche Kontrolle

Wer will, kann hier des Pudels Kern entdecken: Der FDP-Oberbürgermeister stellte sich gegen einen rechtssicheren Weg der Besetzung der Aufsichtsräte, um die kommunalen Unternehmen der politischen und damit gesellschaftlichen Kontrolle zu entziehen.

Womit er aber nicht gerechnet hatte – Grün-Rot-Rot setzte eine Sondersitzung des Stadtrates durch. Zwei Wochen später kam der Rat zusammen und sieh an: Der Oberbürgermeister gab sich handzahn wie selten zuvor. Das hatte zwei Gründe: 1. Es waren alle Listen da. Lange hatte die rechte Seite des Rates taktiert und gemeinsam mit dem

Oberbürgermeister eine Sitzung nach der anderen verstreichen lassen, um unter Hochdruck die eigene Stimmzahl im Wahlvorgang zu optimieren. Allerdings: ohne Einigung. Und 2.: Selten zuvor war die Führungsschwäche, die Willkür des Oberbürgermeisters so offenbar. »Oberbürgermeister Hilbert hat sich nicht mit Ruhm bekleckert. Sein Desinteresse an der Lösung vorhandener Schwierigkeiten hat zu unnötigen Verzögerungen und vermeidbaren Auseinandersetzungen geführt«, schätzte Fraktionsvorsitzender André Schollbach ein und stand damit in der Öffentlichkeit nicht allein.

Das Ergebnis: der Oberbürgermeister lenkte ein. DIE LINKE und ihre Partnerinnen setzten die demokratische Kontrolle von Unternehmen unter anderem der öffentlichen Daseinsvorsorge letztendlich durch. Gegen den Privatisierer Hilbert und gegen eine kungelige rechte Seite des Rates, die sich untereinander nicht grün ist. Wer öffentliche Unternehmen öffentlich kontrollieren will, muss einen langen Atem haben. Gut, dass Grün-Rot-Rot genau diesen bewiesen hat.

Thomas Feske

BEBAUUNGSPLAN NR. 40

Wie steht es um den Südpark?

Am 27.11. folgte der Stadtentwicklungsausschuss dem einstimmigen Votum des Stadtbezirksbeirats Plauen und beschloss die Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 40. Das Ziel: eine großzügige Park- und Erholungslandschaft im Dresdner Süden. Strittig war bis zuletzt die Frage, ob auf dem rund 37 Hektar großen Gelände eine Sportanlage entstehen soll. LINKE, Grüne und SPD hatten sich gegen entsprechende Pläne der Verwaltung ausgesprochen und damit den Befürchtungen der Plauener Bevölkerung Rechnung getragen, dass die geplante



Beginnender Wegebau im Südpark

Großfläche vorrangig für die Nutzung durch Sportvereine vorgesehen sein könnte. DIE LINKE konnte schließlich gemeinsam mit ihren Partner*innen eine Öffnung der zukünftigen Sportanlage für die breite Öffentlichkeit durchsetzen.

Bereits seit Mitte dieses Jahres finden auf dem Gelände nördlich der Kohlenstraße umfangreiche Bauarbeiten an der Ost-West-Querung, der zukünftigen Promenade, statt. In mehreren Etappen soll in den nächsten Jahren Dresdens zweitgrößter Park entstehen, in dem es Freizeit- und Erholungsangebote für alle Altersgruppen geben wird. Auch die Wiederenstehung des im Zoo abgebauten

Pinguin-Cafés als Zeugnis der Dresdner Nachkriegsmoderne ist im Gespräch.

Unsere Fraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass bei der Gestaltung des Südparks die Bedarfe der unmittelbaren Nachbarschaft maßgebend sind. Durch die Öffnung der Sportanlage und die weitere Sicherstellung der Umsetzung dieses Großprojekts steht der Dresdner Bevölkerung bald ein weiterer Ort für eine aktive Freizeitgestaltung zur Verfügung. *Anne Holowenko*

■ Im Gespräch: »Wie steht es um den Südpark?«, mit Stadträtin Anne Holowenko, 16. Dezember, 16–17:30 Uhr, vor dem Kaufland auf der Kohlenstraße

Für unser Ziel, das Gebäude mit städtischen Mitteln zu sanieren und als Bad zu betreiben, gab es keine Mehrheit im Stadtrat, daher haben wir uns darauf geeinigt, das Objekt auszuschreiben, vorzugsweise zur Sanierung als Gesundheitsbad. Der Bedarf für diese Angebote ist groß. So fahren allein in Pieschen jährlich mehr als 550 Busse, um die Pieschener Schüler*innen zum Schulschwimmen zu befördern. Kurse für Babyschwimmen oder Senior*innenschwimmen fallen oft bei den Zeitplänen der Schwimmbäder hinten runter. Die große Nachfrage kann derzeit nicht gedeckt werden.

Heute liegen zwei Angebote auf die Ausschreibung vor. Eines, welches das Gebäude zu einem modernen Bürokomplex entwickeln will, mit Co-Working-Spaces, Cafés und Bars. Das Ganze ohne Wasserfläche. Das andere Gebot plant, genau die Ausschreibungsziele zu realisieren, nämlich, das Wasserbecken zu erhalten und für den Gesundheitschwimmsport nutzbar zu machen. Wei-

Wir kämpfen für die Sanierung und Nutzung als Gesundheitsbad

tere Räume sollen an Praxen, wie zum Beispiel Physiotherapie, vermietet werden. Einzige Bedingung: die Stadt muss mit der Erteilung des Zuschlages einen Pachtvertrag für die Schwimmfläche über 20 Jahre abschließen für einen jährlichen Betrag von 1,3 Millionen Euro.

Für diese Summe könnte die Stadt die Sanierung und Betreuung des Bades freilich auch selbst durchführen, jedoch ist hierfür eine Mehrheit im Stadtrat noch immer völlig aussichtslos.

In der Fraktion haben wir uns eindeutig für das Angebot als Gesundheitsbad bei gleichzeitiger Pacht ausgesprochen. Die Stadt als Eigentümerin eines denkmalgeschützten Gebäudes steht in der Pflicht, dieses zu erhalten. Dabei ist das Gebäude als »Hülle«, aber ebenso der ur-

Sachsenbad – wie geht's weiter?

In den letzten Jahren diskutierten wir im Stadtrat über Möglichkeiten der Wiederbelebung des Sachsenbades, nun sind wir einen Schritt weitergekommen.



Stadträtin Pia Barkow unterhält sich mit einem interessierten Bürger darüber, wie es mit dem Sachsenbad weitergehen könnte.

sprüngliche Zweck, ein Bad für die Bevölkerung, wichtig. Bei der Errichtung des Sachsenbades im Jahr 1928 erfüllte das Bad eine soziale Funktion, da im Arbeiterbezirk Pieschen die meisten Menschen ohne eigenes Badezimmer lebten.

Zudem stellt das Sachsenbad einen Identifikationsort dar. Seit Jahren finden zum Tag des Denkmals Veranstaltungen am Sachsenbad statt, die regelmäßig Hunderte Interessierter anlocken. Eine Bürgerinitiative setzt sich für den Erhalt ein. Bei Gesprächen mit Menschen im Dresdner Norden leuchten die Augen beim Stichwort Sachsenbad, oftmals gefolgt von dem Satz »da hab ich Schwimmen gelernt«. Unser Infostand »Im Gespräch« im November spiegelte diese Stimmung deutlich wider, zahlreiche Menschen kamen gezielt zum Stand, um die aktuelle Lage zu erfahren. Eindeutig sprachen sich die Passant*innen für die Bad-Variante aus. Alles andere würde auf völliges Unverständnis stoßen.

Für uns steht fest: Wir wollen für die Sanierung und für die Nutzung als Gesundheitsbad kämpfen – zurzeit sind wir die einzige Fraktion im Rat, die sich geschlossen und eindeutig positioniert. Die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen sind bei der Haltung gespalten. Sie brachten stattdessen einen Neubau an der Harkortstraße ins Gespräch. Ein Antrag der LINKEN, der die Sanierung des Sachsenbades trotzdem gewährleisten sollte, wurde unter anderem von SPD und Grünen abgelehnt. *Pia Barkow*

»Dank Hilberts
Ignoranz darf
der Stadtrat
nachsitzen.«

Anne Holowenko



MITTENDRIN

Sozialistische Schrift für Dresden

Dezember 2019



Personalwechsel mit Ansage

Der sächsische Landesverband der LINKEN
versucht eine politische Trendwende

» Seite 3

Suche nach Konsequenzen

Die Sozialdemokratie ringt mit sich selbst –
dabei besteht dieses Problem nicht nur in Deutschland.

Ich hab ein Déjà-vu. Wer erinnert sich noch daran, dass im September 2015 eine gewisser Jeremy Corbyn in einer Urwahl aller Mitglieder zum Vorsitzenden der britischen Labour-Party erkoren wurde. »Keine politische Erfahrung«, »Klassenkampfpaparen aus den 80ern« und »Der Niedergang von Labour ist mit diesem Linkskurs unausweichlich« postulierten die Mainstream-Medien nahezu unisono. Fast alle führenden deutschen Sozialdemokrat*innen bliesen mit in das Horn. Zwei Jahre später holte Labour das beste Wahlergebnis seit Langem und schrammte nur haarscharf an einem Wahlsieg vorbei. Die meisten der deutschen Sozial-

demokrat*innen, die Labours Niedergang prophezeiten, sind heute von der politischen Bühne verschwunden. Die SPD ist längst so tief am Boden, wie »New Labour« vor der Wahl Corbyns war.

Jetzt haben sich auch die deutschen Sozialdemokrat*innen in einer Urwahl eine Spitze gewählt, die sich deutlich vom Agenda-2010-Personal der letzten Jahrzehnte abhebt. Und prompt hört man die gleichen Sprüche. »Keine politische Erfahrung«, »Klassenkampfpaparen aus den 80ern« und »Der Niedergang der SPD ist mit diesem Linkskurs unausweichlich«. Warten wir es ab. Die nächste Bewährung kommt für Labour am 12. Dezember, für die

SPD spätestens bei der Bundestagswahl in zwei Jahren. Und auch DIE LINKE muss sich neuen Fragen stellen: Welche Konsequenzen hat ein Linkskurs in der SPD für die eigene Strategie? Könnte Rot-Rot-(Grün) vielleicht mehr als nur den Kapitalismus sozialer verwalten? Und vielleicht stellt sich auch die Frage, ob eine Entscheidung der Mitglieder über das nächste Führungsduo nach dem Gerangel der letzten Zeit, nach dem Fiasco in Sachsen am 1. September und nach dem Triumph in Thüringen am 27. Oktober auch für DIE LINKE eine gute Idee sein könnte. Ich wünsche uns allen ein interessantes neues politisches Jahr. *Jens Matthias*

EDITORIAL

So nicht, Herr Hilbert!

Während es auf den gut gesicherten Dresdner Weihnachtsmärkten so risch gemiedlich wird, darf der Dresdner Stadtrat nachsitzen. Möglich macht das Oberbürgermeister Hilbert, der mit seinem zweifelhaften Demokratieverständnis einmal mehr für Schlagzeilen sorgt. Statt sich auf seine eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren, präsentiert sich der OB in Manier eines kleinen Diktators, indem er ohne Absprache wichtige Punkte von der Tagesordnung nehmen will. Grün-Rot-Rot plus Fraktionslose lehnten daraufhin die gesamte Tagesordnung ab.

Doch auch dieser drastische Schritt konnte den Oberbürgermeister in seiner – nicht zum ersten Male gezeigten – Überheblichkeit nicht stoppen. Ohne mit der Wimper zu zucken, wollte er die Stadtratssitzung weiter durchziehen. Als letztes Mittel wurde die Vertagung aller Punkte der Tagesordnung beantragt und beschlossen. So viel Ignoranz geht selbst dem Weihnachtsmann auf den Sack!

Anne Holowenko



Höchste Zeit, endlich auch im Schulsystem mit antiquierten Vorstellungen zu brechen

EIN DANKESCHÖN

Neues zur Gemeinschaftsschule

Weil es manchmal zu wenig gesagt wird und man es nicht oft genug sagen kann: Danke, fürs am Stand stehen, fürs im Freundes- und Familienkreis fragen, fürs Gewinnen und Überzeugen, fürs Sammeln auf der Straße. Danke für über 52.000 Unterschriften (Wobei DIE LINKE etwa 25.000 beiträgt), für die Gemeinschaftsschule in Sachsen!

Nachdem sich das Bündnis für die Gemeinschaftsschule in Sachsen die letzten zwei Jahre auf die inhaltliche und später organisatorische Vorbereitung des

Volksantrages konzentriert hat und vor wenigen Monaten alle nötigen (mindestens 40.000) Unterschriften gesammelt wurden, kam vor wenigen Wochen die Bestätigung der Zulässigkeit des Antrag vom Landtagspräsidenten: Der Gesetzesentwurf wird behandelt. Im nächsten Jahr wird er in den Landtag eingebracht.

Nun entscheidet, wie sich die neue Koalition dazu verhält – SPD, Grüne und natürlich DIE LINKE werden der Gemeinschaftsschule nicht im Weg stehen.

Jetzt lasst uns das Ende des Jahres durchatmen und mit voller Elan ins nächste starten! *Florian Berndt*

Servus, Rotes Wien!

In Österreichs Hauptstadt hat *Uta Gensichen* Gewerkschafter*innen getroffen und viel gelernt.



Der Karl-Marx-Hof: Fast einen Kilometer lang ist der rote »Superblock«. Ursprünglich hatten hier 5.000 Menschen Platz, es gab zwei Wäschereien, eine Post, eine Zahnklinik und natürlich: Kaffeehäuser.

Es ist Ende Oktober 2019, die Ergebnisse der österreichischen Parlamentswahlen sind noch nicht richtig verdaut. Gleichzeitig begeht die Hauptstadt das Jubiläum »100 Jahre Rotes Wien«, also die Phase von 1919 bis 1934, als die Sozialdemokrat*innen Österreichs Zentrum beispiellos prägten – angefangen vom Wohnbau, über die Bildungs- bis hin zur Gesundheitspolitik.

Ein Jahrhundert ist das nun her. Dazwischen liegen Krieg, Nazi-Herrschaft und eine geschwächte radikale Linke. Die progressiven Einflüsse dieser Zeit aber, die spürt man in Wien immer noch. Verteidigt Wien die gesellschaftlichen Fortschritte oder knickt die Metropole ein vor dem konservativen Zeitgeist?

Das Rote Wien ist mehr als nur der Name einer vergangenen Epoche.

Die Stadt mit rund 1,9 Millionen Einwohner*innen wird seit jeher von sozialdemokratischen Bürgermeistern regiert. Und sie wächst alle zehn Jahre etwa um 200.000 Bewohner*innen an. Denn der Stadtstaat hat eine höhere Mindestsicherung als die übrigen, kon-

servativen Bundesländer. Diesen Umstand nutzt so manche Kommune, um ihre eigenen Sozialhilfeempfänger*innen loszuwerden.

Die rechtsextreme FPÖ hingegen zeigt mit dem Finger auf das »Armenhaus« Wien – und produziert doch erst mit ihrer eigenen menschenfeindlichen Politik diese Armut. So ist in der schwarz-blauen Regierungszeit die selbst verwaltete Sozialversicherung verstaatlicht worden. Statt Versichertenvertreter*innen steuern nun Arbeitgeberorganisationen das Gesundheitssystem. Privatisierungswellen und Klinikschließungen kannte man bis dato nicht – nun könnten in Österreich bald deutsche Zustände herrschen.

Warum Gewerkschafter*innen vor den Parlamentswahlen 2017 nicht gegen die FPÖ gekämpft haben? Dass sich eine österreichische Partei der traditionellen Sozialpartnerschaft und dem politischen Konsens entzieht, war schlicht nicht denkbar. So wurde auch von einer rechtskonservativen Partei erwartet, dass diese gewerkschaftliche Positionen einbindet.

12-Stunden-Tag eingeführt

Die politische Praxis, möglichst viele Interessen mitzunehmen, ist in den vergangenen zwei Jahren jedoch von FPÖ und ÖVP brachial unterlaufen worden. Wachstum, Gewinne und Nationalismus sind ihre Leitgedanken. Bekanntestes Projekt: die Einführung des 12-Stunden-Tages vor einem Jahr. Nun sammelt die Arbeiterkammer hilflos die Geschichten ihrer Mitglieder ein, die unter der neuen Regelung ächzen.

Zwar hat Österreich mit rund 98 Prozent eine enorm hohe Abdeckung durch Tarifverträge. Dennoch: Die Beschäftigten sind durch den jahrzehntelangen Kurs der sozialen Befriedung im Land eingerostet. Viel zu selten ist man wütend vor die Werkstore gezogen.

Nun aber gehen Gewerkschaften und Arbeiterkammer wieder in die Offensive. Betriebsrät*innen werden nicht länger im Co-Management geschult, sondern lernen, wie Arbeitskämpfe funktionieren. Brauchte man lange Zeit den Streik als Protestform nicht, bereiten sich die österreichischen Kolleg*innen in Organizing-Workshops darauf gezielt vor. Das Rote Wien, so bleibt zu hoffen, ist also mehr als nur der Name einer vergangenen Epoche.

Das Rote Wien

Von 1919 bis 1934 wurden über 60.000 Gemeindewohnungen gebaut, vor allem komplexe Höfe wie der Karl-Marx-Hof, dem berühmtesten Gemeindebau des Roten Wiens – mit Waschsalon, Bücherei, ärztlicher Versorgung und viel Grün. Die Zahl der Kindergärten wurde verdoppelt, Volkshochschulen und Arbeiterbibliotheken sowie Bäder eröffnet.

Wieder zusammenfinden

Wir dokumentieren hier den Redebeitrag des Dresdner
Stadtvorsitzenden *Jens Matthis* auf dem Landesparteitag in Dresden.



Die Bundesvorsitzende Katja Kipping und der sächsische Fraktionschef Rico Gebhardt auf dem Landesparteitag in Dresden

»Liebe Genossinnen, und Genossen, zwei Begriffe prägen den Landesparteitag: Krise und Aufbruch. Ich möchte mich heute nicht zu den Ursachen der Krise äußern. Das haben andere schon getan. Wir wissen, wir sind jetzt in einer bescheidenen Lage, angesichts der Polarisierung zwischen der Kenia-Koalition einerseits und der AfD andererseits sind wir in einer Außenseiter-Position und müssen dennoch politisch wieder in die Offensive kommen.

Zugleich sind wir geschwächt in jeder Hinsicht. Es fehlen uns seit Mai viele kommunale Mandate. Es fehlen uns in der Hälfte der Kreise die Landtagsabgeordneten und ihre Büros. Es fehlen uns Kompetenzen in der Fraktion. Es fehlen uns Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen und damit eine Menge Geld. Vor allem fehlt es vielerorts aber an genug Motivation zum Weitermachen. Die aber werden wir am dringendsten brauchen. Deshalb möchte ich zum Aufbruch sprechen.

Ich danke denen, die sich heute hier gemeinsam zur Wahl stellen, um den Aufbruch zu organisieren. Damit meine ich zuallererst Susanne, Kathrin, Janina, Stefan, Alexander und Thomas. Und natürlich diejenigen, die für den Landes-

vorstand kandidieren, um diesen Ansatz zu unterstützen

Das meine ich sehr ernst. Nicht weil ich jeden einzelnen davon für die absolute Idealbesetzung halte oder weil mir jeder davon persönlich so ans Herz gewachsen wäre – das nicht. Was ich aber für den richtigen Ansatz halte, ist der Versuch, angesichts von zehn Prozent am 1. September die innerparteilichen Scharmützel zu beenden und stattdessen zu versuchen, gemeinsam aus der Misere wieder herauszukommen.

Aus dem Scharmützel-Modus in die gemeinsame Verantwortung

Viel Lorbeer wird keiner von den Genannten dafür ernten. Bevor Lorbeer für DIE LINKE Sachsen wieder abzuholen sein wird, werden sicher einige Jahre und einige Wahlparteitage ins Land gehen. Stattdessen werden sie viel Arbeit, Stress und Ärger haben und werden gute Nerven, viel Geduld und viel Nachsicht brauchen. Letzteres vor allem für diejenigen, die es nicht so schnell schaffen, von dem Scharmützel-Modus in den Modus der gemeinsamen Verantwortung zu wechseln.

Zum gemeinsamen Aufbruch gehört es aber nicht nur, Leute zusammenzuführen, die zu wie auch immer definierten Lagern gehören, sondern es gehört genauso dazu, dass der Landesvorstand mit allen 13 Kreisverbänden auf Augenhöhe zusammenarbeitet. Unsere Solidarität muss jetzt den fünf Kreisverbänden gelten, die von der Landeslistenaufstellung und der Wahl am 1. September am meisten gebeutelt wurden: Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, das Vogtland und Zwickau. Diese Solidarität wird sicher jetzt in vieler Hinsicht gebraucht.

»Die schwerste Aufgabe ist es, wahrnehmbare und wirksame politische Kampagnen zu entwickeln.«

Jens Matthis

Ich sehe die Aufgabe des neuen Landesvorstandes nicht darin, wie in den letzten Jahren mit möglichst vielen Anträgen auf Bundesparteitagen tatsächlich oder vermeintlich notwendige Debatten in der Bundespartei anzustoßen, zumal die Vorschläge aus Sachsen dort nach dem 1. September ohnehin nicht als der Schlüssel zum Erfolg gelten dürften.

Stattdessen sollte der Landesvorstand Ansätze und Themen finden, die geeignet sind, Genossinnen und Genossen im Landesverband selbst zu einigen und die zugleich viele Leute außerhalb unserer eigenen Blase bewegen. Die schwerste Aufgabe wird es dann, aus diesen Ansätzen und Themen tragfähige, wahrnehmbare und im Idealfall auch wirksame politische Kampagnen für Sachsen zu entwickeln, denn das sollte die eigentliche Aufgabe des Landesvorstandes sein. Sich in den Landesverbänden Berlin, Thüringen oder auch Hessen etwas abzuschauen wäre dabei bestimmt kein Fehler. Dabei wünsche ich den heute zu wählenden viel Erfolg und sage ihnen die Unterstützung des Stadtverbandes Dresden zu.«

2. Tagung des 15. Parteitages des Landes- verbandes Sachsen

Wahlergebnisse

Der Landesparteitag votierte mit 71,2 Prozent für eine Doppelspitze im neuen Landesvorstand.

Folgende Genoss*innen wurden gewählt:

Landesvorsitzende*r

- Susanne Schaper,
Stefan Hartmann

Stellvertretende

Landesvorsitzende*r

- Kathrin Kagelmann,
Alexander Weiß

Landesgeschäftsführer*in

- Janina Pfau

Landesschatzmeister*in

- Andrea Kubank

Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik

- Anja Eichhorn

Jugendpolitische*r

Sprecher*in

- Jennifer Trültzsch

Weitere Mitglieder

- Caroline Lentz, Adelheid Noack, Marlies Schneider, Max Wegener, Michael Eichhorn, Tilo Hellmann, Silvio Lang, Eyk Fechner, Björn Reichel, André Schollbach

Weiterhin gewählt wurden die Vertreter*innen des Landesverbandes für den Bundesausschuss, die Landesschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission und die Ombudsperson. Alle dafür gewählten Genoss*innen und die Stimmergebnisse aller Wahlen finden sich auf der Website des Landesverbandes.

■ www.dielinke-sachsen.de

AG VERKEHR

Mitstreiter gesucht

Straßenbahn, Auto oder doch lieber E-Roller? Was ist mit Fußgängern? Soll die Albertstraße vierspurig bleiben oder doch lieber Tempo 30 in der Stadt? Kann eine autofreie Äußere Neustadt funktionieren und was ist ein teilAuto?

Und wenn wir schon dabei sind, wie kann der Verkehr günstig, flüssig und klimaneutral sein? Sollten wir E-Mobilität fördern oder den ÖPNV stärken? Oder doch lieber Fahrradwege? Und was ist eigentlich dieser Verkehrsentwicklungsplan, von dem so viele reden?

Denkt man an das Thema Verkehr, so kommen einem schnell viele Themen und Fragen in den Sinn. Die oben genannten sind da nur ein kleiner Auszug. Genau aus dem Grund haben sich vor einigen Monaten einige Genossinnen und Genossen zusammen gefunden und die AG-Verkehr gegründet. Hier wollen wir über Verkehr und Mobilität in Dresden diskutieren. Dabei ist es un-



Mut zu neuen Ansätzen im Verkehr gab es zu allen Zeiten

ser Ziel, für jedes Treffen einen inhaltlichen Schwerpunkt zu haben. Dazu wollen wir auch Gastredner einladen, welche uns einen wertvollen Input zu dem Thema liefern. Aber Reden reicht uns nicht. Wir wollen uns auch mit Vereinen, Initiativen und anderen Gruppen treffen. Dabei wollen wir nicht nur Kontakte knüpfen, sondern auch Dinge gemeinsam erarbeiten, sei es Projekte auf die Beine stellen oder inhaltliche Konzepte, mit denen wir unsere Stadtratsfraktion unterstützen können.

Haben wir dein Interesse geweckt? Wir treffen uns immer am ersten Dienstag im Monat, 18 Uhr im Haus der Begegnung auf der Empore. Wir freuen uns über neue Gesichter. *Robert Hennig*



Das neue Personal der EU-Kommission darf getrost als Begriffserklärung für das Wort Lobbyismus gelten

Ein Aufbruch mit der Kommission der Lobbyisten?

Neue Europäische Kommission muss soziale und ökologische Probleme anpacken.

Die Personalvorschläge und die politische Ausrichtung der neuen, noch zu wählenden Europäischen Kommission lassen wirklich zu wünschen übrig. Die Kandidatin Sylvie Goulard, der Vorschlag des französischen Präsidenten Macron, ist von unserer linken Fraktion GUE/NGL abgelehnt worden, weil sie als Binnenmarktkommissarin auch für Verteidigung zuständig gewesen wäre, und unsere Fraktion die Verwendung von EU-Geldern für Verteidigung ablehnt. Außerdem hat sie fragwürdige Nebeneinkünfte von schlappen 350.000 Euro vom Think Tank Berggruen erhalten.

Die Fraktion wird sich für die Zukunft unserer Kinder einsetzen.

Der neue Personalvorschlag von französischer Seite, Thierry Breton, stellte sich am 14. November im Industrieausschuss vor – aber auch hier bewies der französische Präsident kein glückliches Händchen. Bei Breton liegen handfeste Interessenskonflikte vor. Er würde als Industrie-

kommissar auch der neuen »Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum« vorstehen und damit natürlich auch über Gelder entscheiden. Doch er ist rüstungsnahen IT-Unternehmen verbunden, wie zum Beispiel Atos, dem er bis heute als Chef vorsteht. Atos entwickelte beispielsweise für die französische Armee ein System zur Automatisierung der Kriegstaktik.

Geld fürs Leben, statt fürs Sterben

Die linke Fraktion GUE/NGL kämpft dafür, dass die Gelder des EU-Budgets nicht für den europäischen Verteidigungsfonds ausgegeben werden (13 Milliarden sind dafür geplant), sondern für den so wichtigen Ausbau der erneuerbaren Energien, des europäischen Eisenbahnnetzes und für Programme zur Gebäudedämmung. In diesen Bereichen könnte man viele Jobs schaffen und gleichzeitig gegen die Klimakrise angehen, die sich nun mittlerweile auch in unseren Breiten bemerkbar macht. Der niedrige Wasserstand der Elbe, die Waldbrände in Brandenburg, die Dürre in Sachsen – all dies zeigt uns, wie dringend wir Geld in die Hand nehmen müssen, um umzusteuern. Das heißt zum Beispiel auch, dass der ÖPNV auf dem Land wiederaufgebaut werden muss. Es muss möglich sein, auch ohne Auto auf dem Land zu leben.

Im Europaparlament kämpft die linke Fraktion GUE/NGL dafür, dass es ein europäisch koordiniertes Eisenbahnnetz gibt – zum Beispiel für den Güterverkehr, der mehr und mehr auf der rechten Autobahnspur zu finden ist und uns alle Zeit und Nerven kostet. Dafür sollte sich ein Kommissar für Binnenmarkt einsetzen, denn Binnenmarkt heißt auch: Mobilität. Und die sollte möglichst auf der Schiene, mit elektrischen Zügen stattfinden.

Die künftige Kommissarin für Wettbewerb, Margrethe Vestager, ist leider auch nicht auf der Höhe der Zeit. Sie sprach in ihrer Anhörung viel davon, dass der Wettbewerb erhöht werden muss, aber als ich nachfragte, wie sie denn bitte Jobs in der Lausitz schaffen möchte, wo der Kohleausstieg eine ganze Region betrifft, kam nicht viel. Dabei wäre es wichtig, dass diese Kommissarin die sogenannten »Wettbewerbsregeln« anpasst, so dass die gezielte Förderung von erneuerbaren Energien und die gezielte Förderung von Regionen im Umbruch und Strukturwandel möglich sind.

Die neue Europäische Kommission muss sich diesen Herausforderungen stellen und entsprechende Gesetzesvorschläge einbringen. Unsere Fraktion wird sich im Europaparlament dafür einsetzen, damit wir die Zukunft unserer Kinder und Enkel nicht verspielen.

*Cornelia Ernst (MdEP),
Manuela Kropp (MA)*

Das Sozialticket in Dresden – eine Erfolgsgeschichte

Seit 2010 gibt es in Dresden ein Sozialticket. Ein wichtiger Schritt in Richtung bezahlbare Mobilität für alle.



Ohne ein Mindestmaß an Mobilität gibt es keine Teilhabe am sozialen Leben.

Was für eine Aussicht auf das herbstliche Trachtenberge! Im Herbst führte mich mein Wahlkreisprogramm auch zu den Dresdner Verkehrsbetrieben. Ganz oben im Verwaltungsgebäude der DVB erwartet uns nicht nur ein schöner Ausblick sondern auch eine Menge spannender Zahlen.

Über 15.000 Menschen bezogen im Jahr 2018 in Dresden das Sozialticket und kommen so in den Genuss von preiswerter Mobilität mit Bus und Bahn. Und zum fünften Mal in Folge standen sie ganz oben auf dem Treppchen beim ÖPNV-Kundenbarometer. Platz 1 von 40 teilnehmenden Verkehrsunternehmen.

Der Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe, Herr Hemmersbach ist für mich schon ein langjähriger Diskussionspartner. Lächelnd erinnern wir uns an die ersten Diskussionsrunden zur Einführung eines Sozialtickets in Dresden. Das war im Jahr 2007. Damals waren die Aussichten für das Sozialticket wahrlich schlecht. Groß war die Skepsis. Deshalb brachte damals mein Büro Vertreter der Stadtverwaltung und der Verkehrs-

betriebe bei internen Fachgesprächen zusammen mit Fachleuten aus Städten, die bereits ein Sozialticket eingeführt hatten. Wir hofften, die guten Erfahrungen aus Städten wie Köln könnten die Skepsis verjagen. Verkehrsbetriebe müssen auch betriebswirtschaftlich denken, solange nicht bundesweit die Finanzierung anders geregelt ist. Deshalb argumentierten wir damals auch damit, dass hohe Ticketpreise ärmere Menschen komplett davon abhalten sich ein Monatsticket zuzulegen, ein Sozialticket hingegen ihnen neue Kunden und Kundinnen erschließen könne.

Von anfänglicher Skepsis nichts geblieben

Parallel zu diesen internen Fachgesprächen gründeten wir zusammen mit den Grünen, mit Gewerkschaften, Umweltgruppen, Erwerbslosen bis hin zur Heilsarmee ein außerparlamentarisches Bündnis für ein Sozialticket. Dieses Bündnis organisierte verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen und setzte somit das Thema in der Kommunalpolitik auf die Tagesordnung. Kandidierende für den Stadtrat wurden bei allen möglichen Anlässen mit der Frage konfrontiert: Wie halten Sie es mit dem Sozialticket? Rückblickend meine ich, genau diese Kombination aus öffentlichen, außerparlamentarischen Druck und Fachgesprächen mit Verantwortlichen war wichtig, damit aus einer guten Forderung auch soziale Realität wird. 2010 wurde es dann wirklich in Dresden eingeführt. Die Geschichte des Sozialtickets in Dresden zeigt, dass politisches Engagement den Unterschied machen kann.

Katja Kipping

Über 15.000 Menschen bezogen 2018 das Sozialticket und kamen so in den Genuss von preiswerter Mobilität.

VERBOT VVN-BDA

Antifaschismus ist nicht gemeinnützig?

Der Faschismus scheint immer weit weg, bevor er vor der eigenen Türe steht. Mit der jüngsten Entscheidung der Berliner Finanzverwaltung ist er ein Stück näher gerückt. Der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, kurz VVN-BdA wurde wegen des Vorwurfs, er sei linksextrem, die Gemeinnützigkeit aberkannt. Was genau wird hier unter Linksextremismus verstanden? Das konsequente Eintreten für die Aufarbeitung der deutschen Geschichte, gegen den Faschismus und für eine friedliche Welt ohne Diskriminierung? So, dass man dies ohne weiteren Kommentar stehen lassen könnte, ist die Sache nicht. Der Antifaschismus hat ein Problem. Und die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hat ein Problem. Sich gegenseitig. Antifaschismus kann nur konsequent und glaubwürdig sein, wenn er dem Faschismus jeden Nährboden entziehen will. Was erscheint auf den ersten Blick realistischer? Die Verhältnisse zu ändern oder auf der anderen Seite der Verhältnisse zu stehen?

Nun können sich natürlich nicht alle einen Privatjet oder eine Yacht leisten. Was allerdings jedem bleibt, ist das Heruntertreten auf Schwächere. Denn selbst wenn sich dadurch ganz objektiv betrachtet nichts verbessert, vermittelt es das Gefühl von Macht. Außerdem ist der Faschismus niemals an der Veränderung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu Gunsten der Bevölkerung interessiert. Er bewirkt letztendlich genau das Gegenteil: nämlich deren Verschärfung. Deshalb ist er eine effektive Waffe gegen jene, die Schweigende sowie Marginalisierte ermüden und Mittellosen zu Wohlstand verhelfen wollen. Dementsprechend ist der Antifaschismus genauso ein Problem für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft wie umgekehrt.



Ein dümmeres Signal als die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des VVN-BdA ist in dieser Zeit kaum vorstellbar.

Ursachen des Faschismus liegen im System

Die Untiefen des bestehenden Systems verbergen nicht weniger als die Samenkörner des Faschismus. Heute müssen wir uns der Verantwortung stellen und im Kampf gegen die Interessen Einzelner wieder lernen, zusammenzustehen. Nur eine starke linke Einheit kann der gedeihenden rechten Bewegung etwas entgegenhalten. Unsere Antwort ist immer: Solidarität. Mit den Opfern des Faschismus, über die Grenzen verschiedener Nationen hinaus. Und Solidarität mit den Widerstandskämpfer*innen der NS-Zeit. Eine Abwertung historischer Errungenschaften des Antifaschismus ist als Kampfansage zu werten. Es fault nicht mehr langsam. Es stinkt bis durch die eigene Haustür.

Benjamin Keckeis, Sophia Sprunk

KOORDINIERUNGSGRUPPE

Veränderte Sitzungszeiten

Der neue Stadtvorstand ist am 14. November zum ersten Mal zusammengekommen und hat festgelegt, dass die wöchentlichen Sitzungen der Koordinierungsgruppe ab Januar 2020 **immer freitags, 14 Uhr** stattfinden. Die Sitzungen sind parteiöffentlich und finden auf der Empore im Haus der Begegnung statt (bisher dienstags, 16.30 Uhr). Dort können Mitglieder ihre Anliegen einbringen, Anträge an den Stadtvorstand werden vorbereitet und das laufende Geschäft wird besprochen.



Mitteilungen aus der Stadtgeschäftsstelle

Geschirr und Bücher

Wie ihr wisst, gibt es im Haus der Begegnung einen kostenlosen Geschirrverleih, der sich – ich übertreibe nicht – großer Beliebtheit erfreut. Wenn ihr ausmisten wollt, freuen wir uns über Besteck, Gläser, Tassen und Teller. Was wir nicht brauchen, verschenken wir weiter. Es ist in guten Händen bei uns. Außerdem erhalte ich das Angebot aufrecht, Bücher, die ihr nicht mehr braucht, unter den Genoss*innen und anderen Vereinen zu verteilen. Hier aber bitte nicht einfach vorbei bringen, sondern vorher anrufen unter Telefon 0351/8583801. Danke Euch!

Verteilung Zeitung im eigenen Wohngebiet

Ihr wollt uns unterstützen und Zeitungen bei euch im Wohngebiet in den Briefkästen verteilen, habt aber kein Auto um sie hier abzuholen oder wollt den weiten Weg nicht auf euch nehmen? Dann sagt uns doch, wie viele ihr verteilen wollt und könnt, und ich kümere mich darum, dass die Zeitungen zu Euch kommen. Denn wir wollen ja auch zwischen den Wahlkämpfen mit den Neuigkeiten aus Fraktion(en), Partei und Gesellschaft die Dresdnerinnen und Dresdner informieren!

Eure Kristin Hofmann

DEZEMBER/JANUAR

Termine und Veranstaltungen

Mitgliederversammlung
DIE LINKE Johannstadt
»BO Hans und Lea Grundig«
■ 16. Dezember, 17 Uhr,
»Johannstädter Kulturtreff«,
Elisenstr. 35

Weihnachtsfeier OV Plauen
■ 16. Dezember, 18 Uhr,
Volkssolidarität »Am Nürnberger Ei«,
Nürnberger Str. 45

Beratung des
Ortsvorstands Blasewitz
■ 16. Dezember, 18 Uhr, Bürgertreff
»Marie« der Volkssolidarität Dresden,
Breitenauer Str. 17

Beratung Ortsvorstand Altstadt
■ 16. Dezember, 19 Uhr,
Volkssolidarität »Friedrichstadt«,
Alfred-Althus-Str. 2a, EG

Ständige Termine in der »Wir AG«

Offenes Treffen der
Linksjugend Dresden
■ Dienstags, 18 Uhr

Stammtisch »Verein
Griechischer Bürger
in Sachsen«
■ Donnerstags, 10 Uhr

Offenes Treffen
der AG Verkehr
■ 17. Dezember, 18 Uhr, »Haus der
Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Infostand am Netto
Schäferstraße
■ 20. Dezember, 16 Uhr

Infostand am Bahnhof Mitte
■ 21. Dezember, 15 Uhr

Offenes Treffen
der AG Verkehr
■ 7. Januar, 18 Uhr

Liebknecht-Luxemburg-Ehrung
12. Januar, 10 Uhr an der Stele für
Rosa Luxemburg auf der Albertbrücke,
Neustädter Seite

Fahrt zur Liebknecht-
Luxemburg-Demo und
zum politischen Jahresauftakt
der LINKEN
■ 12. Januar, Anmeldung und Infos:
Kreisgeschäftsstelle Pirna,
Telefon 03501/528664 oder
ina.richter@dielinke-sachsen.de

Gesamtmitglieder-
versammlung DIE LINKE
Dresden-Prohlis und
Neujahrsempfang
■ 15. Januar, 15 Uhr, Palitzsch
Museum, Gamigstraße 24

Sozialberatung im
»Haus der Begegnung«
■ Geschäftsstelle DIE LINKE,
Großenhainer Str. 93,
ausschließlich nach
vorheriger Anmeldung per
E-Mail (kontakt@dielinke-
dresden.de) oder per
Telefon (0351/8583801)

Gesamtmitglieder-
versammlung DIE LINKE
Dresden-Loschwitz
■ 15. Januar, 17:30 Uhr, Cafe Luk,
Grundstraße 174

Bürgermeisterin
Annekatrien Klepsch zum
Thema Kulturhauptstadt 2025
■ 15. Januar, 19 Uhr, Cafe Luk,
Grundstraße 174. Eine Veranstaltung
der Stadtratsfraktion

Infostand Stadtbezirksverband
Altstadt am Netto Schäferstraße
■ 17. Januar, 17 Uhr

Infostand am Bahnhof Mitte,
Nähe Domäne
■ 18. Januar, 16 Uhr

Sitzung des Stadtvorstandes,
■ 23. Januar, 18 Uhr, »Haus der
Begegnung«, Großenhainer Str. 93

BUNDESTAGSFAHRTEN 2020

Berlin politisch



Das politische Geschehen im Bundestag einmal live erleben. Dreimal im Jahr kann ich mir Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis bzw. aus Dresden und Umgebung dazu einladen. Dafür könnt ihr Euch zu einer der nächsten Fahrten bei meiner Wahlkreismitarbeiterin, Ute Bortlik, anmelden. Wenn ihr eine sol-

che zweitägige Reise mit Freunden und Freundinnen, eurer Sportgruppe oder eurem Verein unternehmen wollt, ist dies auch möglich. Am besten ihr schreibt ihr dazu eine E-Mail oder ruft sie einfach in meinem Wahlkreisbüro in der »Wir AG« an.

Die Mahlzeiten, der Bustransfer und die Übernachtung im Hotel sind für die Teilnehmenden kostenfrei. Für den Besuch des Bundestages müsst ihr euch mit Name, Vorname, Adresse und Geburtsdatum bei meiner Mitarbeiterin anmelden. Bei der Fahrt selbst ist es unbedingt nötig, ein gültiges Personaldokument (Personalausweis oder Reisepass) dabei zu haben. Ich würde mich freuen, wenn ich euch demnächst in Berlin als Teilnehmer*innen einer Bundestagsfahrt begrüßen kann.

Katja Kipping

Termine

Die Fahrten finden jeweils von Donnerstag bis Freitag statt:

- 27./28. Februar 2020
- 23./24. April 2020
- 5./6. November 2020

Kontakt

Wahlkreisbüro
in der »Wir AG«
Martin-Luther-Str. 21
01099 Dresden

Öffnungszeiten

Montag-Donnerstag
11:30 bis 13 Uhr und 14 bis
17 Uhr, Freitag bis 15:30 Uhr

Anmeldung

Telefon 0351/5006165
katja.kipping.wk
@bundestag.de

Abrüstung ist Klimaschutz

Der Klimawandel ist in aller Munde. Schüler*innen streiken für eine Zukunft – die Politik muss handeln.



Schon jetzt bedroht der Anstieg des Meeresspiegels die Bevölkerung pazifischer Inseln akut.

Nicht nur, dass Marx heute mit: »Der Wahlspruch eines jeden Kapitalisten und einer jeden Kapitalistennation ist: Nach uns die Sintflut!«, weniger metaphorisch klingt, sondern die Resolution zum Klimanotstand ist auch von Bedeutung um der Schüler*innen- und Bürger*innenbewegung Fridays for Future Rechnung zu tragen. Und: (Nein »und« ist zu lasch!) Gerade wir als Linke müssen einer progressiven Bewegung der Straße Rückendeckung in den Parlamenten und mit unserem Handeln geben!

Unsere Aufgabe als Linke ist es, unser Profil so zu schärfen, dass wir erkennbar darlegen, dass die Klimafrage #unteilbar mit der sozialen Frage verbunden ist. Und wie gelingt das eindeutiger, abgesehen vom Aufzeigen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit am Beispiel der Lausitz, als zu fragen: Krieg oder Frieden? Annalena Baerbock (Grüne) hatte ernsthaft vorgeschlagen – unter Ausstoßes von enormen Mengen an CO₂ – die gesamte deutsche Flotte in den Persischen Golf zu verlegen!

LINKSJUGEND-KLAUSUR

Positiver Blick in die Zukunft

In den letzten Monaten konnten wir viele neue Menschen, mit unterschiedlichen Perspektiven, aus verschiedenen Lebenssituationen, bei uns willkommen heißen. Deswegen haben wir uns am ersten Dezemberwochenende zu einer Klausur im ländlichen Raum getroffen, um über unsere politischen Leitlinien, Inhalte und Aktionen für die nächsten Jahre zu sprechen. Wir hatten ein tolles Wochenende und blicken positiv in die Zukunft. Jugend voran!

Florian Berndt

Wir als LINKE sind an dieser Stelle die einzige Partei, die auf eine konsequente Friedenspolitik setzt und solch einen Wahnsinn verurteilt. Nicht nur, dass das Militär an sich unnötige Mengen an CO₂ ausstößt; die Bundeswehr immerhin so viel wie Dresden und das US-Militär so viel wie Schweden, weshalb auch gilt: Abrüstung ist Klimaschutz und Friedenspolitik ist Klimapolitik!

Es sind auch die finanziellen Kosten: So fordert AKK für die Bundeswehr zwei Prozent des BIP. Stattdessen sollten wir an dieser Stelle fordern, zwei Prozent des BIP für die Energiewende bereitzustellen.

Auch hier heißt es: Mittel sind genug da, aber es kommt auf die Verteilung an. Eine komplette Modernisierung des Pumpspeichers Niederwartha würde so viel kosten wie anderthalb Eurofighter. Zwei Bundeswehr-Eurofighter sind bei einem Zusammenstoß in der Luft diesen Sommer innerhalb von Sekunden pulverisiert worden. Zusätzlich verlor ein Mensch sein Leben, obwohl es laut einer schöneren Hymne heißt, »dass nie eine Mutter mehr Ihren Sohn beweint«. Anlagen der erneuerbaren Energien zu bauen, die den kompletten Primär-

Friedenspolitik ist Klimapolitik!

energiebedarf Dresdens decken würden, würde so viel kosten wie circa sechs Wochen Bundeswehr. 30 Jahre Verzicht – nicht auf den Urlaub – sondern auf Militär – und die Energiewende ist geschafft.

Schwerter zu Windrädern!
Julez MCPR



Linksjugend traf sich ländlichen Raum



Wieder Jugendpolitischer Sprecher des Dresdner Stadtverbandes: Florian Berndt

NACH STADTPARTEITAG

Weiter so!

Am 2. November zum Stadtparteitag stand der Stadtverband Dresden vor einer nach Wahlen viel gestellten und diskutierten Frage – Erneuerung oder weiter so?

Diese Frage stellte sich durch die anstehenden Vorstandswahlen nicht so sehr inhaltlich, sondern vor allem personell. Obwohl die Wahl der Vorsitzenden recht unspektakulär war, da sich Anne und Jens als einzige Kandidierende erneut aufstellen lassen haben, wurde es bei den Stellvertreter*innen schon ein bisschen spannender. Vier Kandidierende auf zwei Plätze, Yaki und Jenny als vorherige Stellvertreterinnen und Chris und Kristin als neue Gesichter. Bei den weiteren Vorstellungen für den Vorstand wurde gespannt auf die Ergebnisverkündung der Wahlkommission gewartet. Letztlich war es soweit und die Antwort lautete: »Weiter so!«. Auch schafften es leider nur wenige junge Genoss*innen, die in den letzten zwei Jahren Mitglied unserer Partei worden, als Beisitzer*innen in den neuen Vorstand.

Natürlich kann man sagen, dass alle Kandidierende für die Posten geeignet waren und die Wahl somit keine Fehlentscheidung ist, aber ich frage mich, ob so ein »weiter so« nach den desaströsen Wahlergebnisse zielführend ist, da neue Menschen neue Ideen und Impulse einbringen können. Hinzu kommen die seit Juni, ja fast manischen, Betonungen darauf, dass wir zur Kommunalwahl keine absoluten Stimmen verloren haben, um sich dennoch auf die Schulter zu klopfen und internen Konsequenzen aus dem Weg zu gehen, aber die Schreie nach personellen Veränderungen auf Landesebene waren die Wochen nach der Landtagswahl groß. Warum nur da? Zusammenfassend ist die Wahl sicher kein Weltuntergang, aber gerade nach diesem schweren Jahr sollte sich jeder und jede nochmal Gedanken darüber machen, ob das der Weg der Partei auch in Zukunft sein sollte. Wir freuen uns auf den zukünftigen Austausch mit dem Stadtverband.

Nicol Kuntz

GLEICHSTELLUNG

Links wirkt, rechts bedroht

Mehrere aktuelle, gleichstellungspolitische Erfolge in Sachsen zeigen: Links wirkt! So entschied sich vor wenigen Wochen der Kreistag Nordsachsen – auf Antrag der dortigen Linksfraktion! – für die längst überfällige Einrichtung von Frauenschutzeinrichtungen in Torgau und Delitzsch. Damit wird endlich ein weißer Fleck in der Region geschlossen. Und in Leipzig gibt es seit Kurzem die erste sächsische Fachberatungsstelle für Sexarbeit – seit Langem eine Forderung der LINKEN. So erfreulich diese Entwicklung auch ist, umso drückender die Frage: Wie wird sich die Gleichstellungspolitik in den sächsischen Kommunen und Kreisen entwickeln, wenn die erstarkte AfD und die konservative CDU gemeinsame Sache im Landtag machen? Was können wir von der SPD und den Grü-



Mehr Gleichstellungspolitik – nicht weniger!

nen in der Landesregierung erwarten? Letztere hatten beispielsweise dem linken Entwurf über ein Paritégesetz in der vergangenen Legislatur nicht zugestimmt – wodurch ein sächsischer Landtag mit gleich vielen Frauen und Männern in weite Ferne rückt.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass es gleichstellungspolitische Themen zukünftig noch schwerer haben. Dabei gibt es bereits zahlreiche Herausforderungen: Von der fehlenden Grundfinanzierung der Frauenhäuser, über die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, bis hin zur klaffenden Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen in Sachsen. Zudem entstehen durch neue technische Möglichkeiten weitere Problemlagen, beispielsweise die sexualisierte Gewalt und Angriffe gegen Frauen im Internet. Wir brauchen also zukünftig mehr linke Gleichstellungspolitik, nicht weniger! *Sarah Buddeberg*

DRESDNER STADTVERBAND

Neuer Vorstand gewählt



Auf seinem Stadtparteitag am 2. November wählte der Dresdner Stadtverband einen neuen Stadtvorstand. Während für das Amt der Stadtvorsitzenden allein die bisherigen Vorsitzenden Anne Holowenko und Jens Matthis kandidierten, stellten sich neben den bislang amtierenden Stellvertreterinnen Jacqueline Muth und Jenny Kunkel auch Kristin Dänhardt und Christopher Colditz für das Amt zur Wahl. Als Schatzmeister kandidierte Norbert Engemeier, als Jugendpolitischer Sprecher Florian Berndt. Für die 14 Plätze als Beisitzer im Stadtvorstand kandidierten insgesamt 27 Genoss*innen. Weiterhin gewählt wurden die Delegierten für den Bundesparteitag, sowie eine Nachrückerin für den Landesrat. Allen gewählten Genoss*innen sei herzlich gratuliert und allen, die sich mit ihrer Kandidatur zur Mitarbeit bereiterklärt haben, herzlich gedankt. *Uwe Schaarschmidt*

Wahlergebnisse

Stadtvorsitzende

- Anne Holowenko, Jens Matthis

Stellvertretende Stadtvorsitzende

- Jacqueline Muth, Jenny Kunkel

Schatzmeister

- Norbert Engemeier

Jugendpolitischer Sprecher

- Florian Berndt

Weitere Mitglieder

- Kristin Dänhardt, Sarah Wiedermann, Uta Gensichen, Christel Machold, Rica Gottwald, Sophia Sprunk, Nicole Schumann, Marcel Ritschel, Magnus Hecht, Uwe Schaarschmidt, Tilo Kießling, Thomas Grundmann, Birger Höhn, Christopher Colditz

Weiterhin gewählt wurden die Delegierten für den Bundesparteitag, sowie eine Nachrückerin für den Landesrat.

Alle dafür gewählten Genoss*innen und die Stimmresultate aller Wahlen finden sich auf der Website des Stadtverbandes.

■ www.dielinke-dresden.de

JAHRESWECHSEL

Veränderte Öffnungszeiten

Ein aufregendes, man kann auch sagen stressiges Jahr geht zu Ende. Die Geschäftsstelle bleibt vom 16. Dezember bis 6. Januar geschlossen. Wir sind zwar ab und an da, leeren den Briefkasten etc. aber die Geschäftsstelle ist geschlossen. Ich wünsche Euch einen schönen Jahreswechsel und eine angenehme Zeit mit Familie und Freundeskreis über die Feiertage!

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.

Uwe Schaarschmidt

Autor*innen dieser Ausgabe

Jens Matthis
Anne Holowenko
Uta Gensichen
Sarah Buddeberg
Nicol Kuntz
Florian Berndt
Benjamin Keckis
Sophia Sprunk
Kristin Hofmann
Dr. Cornelia Ernst
Katja Kipping
Robert Hennig
Julez MCPR

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Tim Mossholder@unsplash (8), gänseblümchen_pixelio.de/pixelio (8), DIE LINKE Sachsen/flickr.com (1;3), ©Bwag/CC-BY-SA-4.0 (2), gemeinschaftsschule-in-sachsen.de/download/ (2), Tim Reckmann/pixelio (4), Peter von Bechen/pixelio (5), VVN-BdA/download (5), linksjugend.solid (7)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 5000 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss

28.11.2019
Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 20.1.2020

Unterstützung

Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.

Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120
1714 16

Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Klimaschutz muss sozialverträglich sein!

Im September sollte per Eilantrag der »Klimanotstand« in Dresden durch den Stadtrat beschlossen werden. Dieser Antrag soll nun durch DIE LINKE mit einer Sozialklausel versehen werden.

Kalt erwischt wurden vor allem Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat, nachdem im August die drei Fraktionslosen mit der Unterschriftsberechtigung der SPD einen Antrag zur Ausrufung des Klimanotstandes in Dresden gestellt hatten. Das Wort Notstand erweckt den Eindruck, dass auf der Grundlage eines derartigen Beschlusses besondere Maßnahmen ergriffen werden könnten. Dem ist aber nicht so, es geht um eine Resolution, reine Symbolpolitik. Wieder einmal.

Erst debattieren – dann beschließen!

Um eine gemeinsame Abstimmungsgrundlage zu haben, verständigten sich Abgesandte von Grün-Rot-Rot und die Fraktionslosen auf einen neuen Text, der als Eilantrag direkt in den Stadtrat katapultiert und ohne Vorberatung in Ausschüssen beschlossen werden sollte. Dies war unverständlich, hätte doch die Vorberatung in Ausschüssen und Stadtbezirken Gelegenheit geboten, eine öffentliche Debatte zum Thema und für abzuleitende praktische Maßnahmen zu entfachen. Der Antrag, den Klimanotstand zunächst in den Ausschüssen vorzubereiten, wurde durch die CDU gestellt und erhielt – auch durch die Stimme des Autors – eine Mehrheit. Nicht zuletzt war der Text durch die Fraktion noch gar nicht beraten und beschlossen, sondern nur durch Einzelne verhandelt worden.

Notstand rot-grüner Umweltpolitik?

Pikant ist an der Sache: Seit nunmehr fünf Jahren gibt es eine Rot-Rot-Grüne Mehrheit im Stadtrat und seit vier Jahren sind die für Klimaschutz maßgebenden Dezernate, nämlich Umwelt und Stadtentwicklung durch Grüne besetzt. Seit 2013 existiert als Grundlage für städtisches Handeln ein beschlossenes Energie- und Klimaschutzkonzept, welches allerdings von der grünen Umweltbürgermeisterin noch nicht einmal an die geltenden Abmachungen der Verträge von Paris 2015 angepasst wurde. Mit Ausrufung des »Klimanotstandes« und dem Eingeständnis, es würde nicht genügend und nicht alles Mögliche für den Klimaschutz getan, erklärt die RGR-Kooperation augenscheinlich noch den Bankrott ihrer eigenen



Elbhochwasser in Dresden, fotografiert am 5. Juni 2013

Klimaschutzpolitik, unter Federführung derjenigen, die seit Juni 2018 eine Beschlusskontrolle zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept entweder nicht gelesen oder nicht beachtet haben, in der von allerlei Problemen und gescheiterten Projekten zur CO₂-Reduzierung zu lesen ist.

Klimaschutz sozialverträglich abwägen!

Nicht zuletzt hat verbaler Aktionismus für DIE LINKE auch eine strategische Komponente. Eine Ökoenthusiastin prägte auf der Landesversammlung zur Kür der Landtagsliste den verhängnisvollen Satz: »Was nützt uns soziale Gerechtigkeit, wenn das Klima zu-

sammenbricht?« Die Antwort wäre die Gegenfrage der Geringverdienenden und Prekären: »Was interessiert mich Klimaschutz im Jahre 2035, wenn ich nächste Woche mit Kind und Kegel aus meiner Wohnung raus muss?«

Inzwischen sind die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Dresden und der Stadtverband DIE LINKE Dresden wieder einen Schritt weiter. Wichtig war für die Fraktion, dass unbedingt eine soziale Komponente in die Resolution zum Klimanotstand eingebaut wird und eine Anerkennung dessen, dass der Beitrag der Bundesrepublik zur CO₂-Reduktion im Wesentlichen auf dem Strukturwandel in Ostdeutschland seit 1989 beruht. Manchmal wurden dabei, wie in Dresden, Braunkohlekraftwerke durch Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt, das ist gut, nicht selten aber einfach nur deindustrialisiert – mit allen wirtschaftlichen und sozialen Folgen bis heute. Diese beiden Aspekte wurden von der Fraktion in den Antrag eingearbeitet und vom Stadtparteitag bestätigt. Eigentlich ist die Klimafrage kein Notstand. Denn am Ende steht die Vision einer Energieversorgung durch erneuerbare Energie wie Sonne und Wind, und nicht durch Verbrauch von begrenzt vorhandenen Ressourcen und Belastung der Umwelt durch Ab-

fallstoffe und Strahlung. Warum auch immer wird allerdings nicht mit der Vision Politik gemacht, sondern dem »Notstand«, und der kleiner Zeh warnt, dass vor diesem Hintergrund nicht so sehr die zukünftige Energieversorgung im Mittelpunkt steht, sondern einmal mehr soziale Härten und Zumutungen gerechtfertigt werden sollen.

CO₂-Bepreisung ist eine vulgäre Verbrauchssteuer

Nicht zuletzt besteht die Gefahr, dass Klima- und Umweltveränderungen zur Rechtfertigung einer vulgären Einführung einer neuen Verbrauchssteuer und neuer Subventionen missbraucht werden – und zwar ohne dass für Klima- und Umweltschutz etwas dabei überkommt. Gleichzeitig soll ja der Solidaritätszuschlag gesenkt oder abgeschafft werden, also eine Einkommenssteuer, die erst ab einem mittleren Einkommen bezahlt werden muss. Senkung der Einkommenssteuer und Anhebung der Verbrauchssteuern war aber noch nie Ziel der LINKEN. Denn da werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. Und die Reichen kriegen die Subvention für die Ökosanierung ihres Wohneigentums und 6.000 Euro für das neue Elektroauto noch oben draufgepackt.

Tilo Wirtz

Wichtig war, dass eine soziale Komponente in die Resolution zum Klimanotstand eingebaut wird

BÜRGERBETEILIGUNG ZUR ROBOTRONKANTINE

Suche nach eierlegender Wollmilchsau

Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen Runden Tisch für die konzeptionelle Entwicklung der Robotron-Kantine als innerstädtischen Kultur-, Wissenschafts- und Begegnungsort einzuberufen. An dem Runden Tisch sollen Verwaltung, Politik sowie Kreative und Kulturschaffende vertreten sein, darunter die Leitung des Kunsthauses Dresden sowie Vertreter*innen des Projekts Open Future Lab.« So lautete der zweite Punkt meines Antrages zur Robotronkantine vom 4. Juli 2019.

Bereits mehrere Runden fanden mit der Kulturverwaltung, den Projektvertreter*innen und verschiedenen Ämtern (Hoch- und Tiefbau, Liegenschaft, Umwelt) statt und es wurden verschiedene Rahmenbedingungen erörtert. Diese wurden an diesem Abend von den



Die Robotron-Kantine soll erhalten werden, fordert DIE LINKE.

Bürgerinnen und Bürgern in verschiedenen Themenkreisen diskutiert. Dreimal 20 Minuten konnte man sich jeweils in einer Themenrunde beteiligen und erlebte dadurch immer wieder andere Teilnehmer*innen. Es gab äußerst unterschiedliche Vorstellungen zur Nutzung und Umbau der Kantine. Deutlich wurde, wie groß der Bedarf an Räumen zur freien Nutzung für Kultur, Kunst, nachbarschaftliche Treffen und zahlreiche andere Bedürfnisse ist. Dies kann die Robotronkantine, welche mit den zwei Sälen etwa 800 Personen Platz bieten kann, nicht alle erfüllen. Aber auf jeden Fall soll die bauliche Struktur erhalten bleiben und sich dem zu entwickelnden Quartier aus Wohnen, Schule und Kita in der Lingnerstadt öffnen. Im Februar 2020 soll das Nutzungskonzept vorgestellt werden. *Anja Apel*

Eine Satzung für die BRN

Gegenwärtig wird in Zusammenarbeit mit anderen Neustädter Stadträten der Grünen, SPD und Fraktionslosen eine neue BRN-Satzung vorbereitet.



Die BRN lockt jährlich geschätzte 150.000 Besucher an. Mit der neuen Satzung soll das Fest seinen ursprünglichen Charakter zurückerhalten.

Die Bunte Republik Neustadt ist über die Grenzen des Stadtviertels hinaus bekannt. Seit vielen Jahren gibt es aber Kritik an der immer stärkeren kommerziellen Ausrichtung der Veranstaltung. Viele Anwohner*innen fühlen sich auch von den Begleiterscheinungen eines solchen Festes gestört. Und die Verwaltung bummelt manchmal bei der Bearbeitung der Anträge für Stände und Programm.

Kann der anarchistisch-kreative Geist der Bunten Republik Neustadt durch die sehr formale Konstruktion einer eigenen Satzung bewahrt werden? Ich hoffe es. Und ich habe die Idee, mit anderen Stadträten aus der Neustadt eine »BRN-Satzung« in den Stadtrat einzubringen.

Die Bunte Republik Neustadt war am Anfang ein künstlerischer Prozess gegen die Vereinigung und

Vereinnahmung 1990. Es ging gegen Mietspekulationen und für den Erhalt von Freiheiten. Mittlerweile ist die BRN eines der größten Straßenfeste in Deutschland. Jedes Jahr kommen geschätzte 150.000 Besucher*innen in das Viertel. Dort gibt es viel zu erleben. Viel Musik und manch spontane Aktion, viel Bier aber auch viel Müll, Lärm und zu wenige Toiletten. Die Besonderheit besteht darin, dass es keinen Veranstalter des Ganzen gibt. Jede Anwohnerin hat das Recht, vor ihrer Türe zu machen oder zu verkaufen, was sie will. Das führt an einigen Ecken zu Konflikten, an anderen zu einem Überangebot an Geschmacklosigkeit. Den organisatorischen Rahmen dafür stellen die Straßensondernutzung sowie die Polizeiverordnung und ein ominöses, weil intransparentes Sicherheitskonzept. Alles ist nicht tauglich

und auch gar nicht dafür gedacht, eine solche komplexe Veranstaltung zu ermöglichen.

Nach vielen Diskussionen im Viertel über die Zukunft der BRN hat sich herausgestellt, dass eine eigene Festsatzung viele der Probleme gleichermaßen lösen könnte. Was könnten Bestandteile dieser Satzung sein?

1. Ein Kuratorium, um inhaltliche Entscheidungen zu beraten,
2. Zonen unterschiedlicher Nutzung, in die das Festgebiet eingeteilt werden kann,
3. Die Nutzungsgebühren könnten anders variiert werden als in der Straßensondernutzung.
4. Mehrwegverpackungen und ein Pfandsystem,
5. Die zeitlichen Abläufe der Anmeldung könnten auch für die Verwaltung verbindlich festgelegt werden. *Magnus Hecht*

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Neue Behindertenparkplätze



Behindertenparkplätze vor dem Rathaus sind spärlich vorhanden. Das fiel auch Stadtbezirksbeirat Uwe Baumgarten auf. Der setzte sich – gewohnt energisch und unermüdlich – mit unserer Fraktionsgeschäftsstelle in Verbindung und die wiederum mit unserer Sozialbürgermeisterin, dem Straßen- und Tiefbauamt und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Nach ausführlichem Mailwechsel das Ergebnis: zwei neue Parkplätze für Menschen mit Behinderung in der Schulgasse. Manchmal hilft der kurze Draht in die Verwaltung und immer hilft die Fraktionsgeschäftsstelle. Wer also ein Anliegen hat, ist in den Räumen der Fraktion DIE LINKE im Rathaus herzlich willkommen. *Die Redaktion*

PORTRÄT

»Ich habe das nötige Handwerkszeug«

Mit welchen Erwartungen bist du als neue Stadträtin in die Wahlperiode gestartet?

Erwartungen hatte ich weniger, es waren mehr die eigenen Zielsetzungen. Ich bin mit dem Vorsatz gestartet, mich vorerst zurückzuhalten, zu verstehen und zu lernen sowie meine gewünschten Themenschwerpunkte durch eine Besetzung in den Ausschüssen und Gremien zu verankern. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Schaffung einer stadtteilbezogenen Arbeit in Gorbitz /Cotta durch eine enge Zusammenarbeit mit den Stadtbezirksbeiräten. Das ist erreicht bzw. arbeite ich dies weiter aus.

Welche politischen Ziele verfolgst du auf Stadtratsebene und wie könnte man diese deiner Meinung nach umsetzen?

Ich brenne für die Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Die öffentliche Hand muss Verwaltungsprozesse effizient, sicher und barrierefrei gestalten und anbieten. Gleichzeitig braucht es mehr Grün für die Stadt Dresden und die IT. Kommunen verfügen über eine große Menge an privaten und öffentlichen Daten, die spezifisch administriert werden müssen. Nachhaltigkeit und eine durchdachte Digitalisierung lassen sich wohl nur erreichen, indem man nicht locker lässt und sich mit dem nötigen Sach- und Fachverstand vernetzt. Wichtig ist mir aber auch die stadtteilbezogene Basisarbeit vor Ort in Gorbitz und Cotta. Besonders Gorbitz ist eine politische Herausforderung, aber ich habe das nötige Handwerkszeug dafür – ein offenes Ohr, die Kommunikation auf Augenhöhe und einen überaus engagierten Stadtbezirksverband.

Das Interview führte Jana Neveling



Katharina Hanser ist Medieninformatikerin, Mitglied in den Ausschüssen für Allgemeine Verwaltung, Wirtschaftsförderung und Sport sowie im Kleingartenbeirat.



Die grünen E-Roller der Firma Lime fallen im Stadtbild deutlich auf.

VERKEHRSHINDERNIS

E-Roller im Stadtbild

Achtlos abgestellte E-Roller im Dresdner Stadtgebiet stellen für alle Verkehrsteilnehmer, vor allem aber für seh- und gehbehinderte Menschen, eine große Verkehrsbehinderung dar. Daher bringt DIE LINKE Stadtratsfraktion nun einen Antrag ein, um den Kooperationsvertrag mit den entsprechenden E-Roller-Anbietern so zu qualifizieren, dass das Abstellen von Rollern im öffentlichen Straßenraum nur an festgelegten, räumlich begrenzten Stationen zulässig ist, dass die Anzahl an maximal zulässigen E-Rollern im Stadtgebiet reduziert und dass das Aufladen der Roller durch private Nutzende untersagt wird. E-Roller sollen nicht im Dresdner Stadtgebiet verboten werden, vielmehr geht es darum, mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu schaffen. *Die Redaktion*

Ist unsere Umwelt noch zu retten?

Klimaschutz ist in unserer Partei nicht erst seit Fridays for Future ein wichtiges Thema.

Saubere Luft, Nutzung von Energie aus regenerativen Quellen und nachhaltige Wirtschaft müssen eine wichtige Komponente sozialer Standards sein. Steigende Temperaturen, weniger Niederschlag im Sommer, dafür mehr im Winter und steigende Sonnenscheindauer schreien nach Handlungsbedarf.

Zu Fridays for Future kamen Parents for future und Scientists for future. Alle fordern nicht nur das Handeln der Politik, sondern machen konkrete Vorschläge für nachhaltigeres Handeln.

Die Lausitz ist nicht Dresden, aber auch unser Problem. Es muss um sozial verträgliche Ausstiegsszenarien gehen. Verstromung von Braunkohle können wir uns nicht länger leisten. Die Proteste von Ende Gelände in den Tagebauen Welzow-Süd und Jänschwalde legten hier den Finger in die Wunde. Die Stadt Dresden hat ein integriertes Energie- und Klimaschutzgesetz, einen Luftreinhalteplan, ein Stra-



149 Milliarden Euro Folgekosten entstehen pro Jahr durch Verkehr. Der Straßenverkehr ist für 95 Prozent der Kosten verantwortlich.

ßenbaumkonzept, ein Fachleitbild Stadtklima, einen Verkehrsentwicklungsplan 2025 plus – und trotzdem genügen die Maßnahmen nicht. Wir müssen alle Aktionen konsequenter darauf prüfen, dass wir tatsächlich und schnellstmöglich Klimaneutralität sozial gerecht

erreichen: Weniger und CO₂-neutraler Verkehr, weniger und effektiverer Energieverbrauch, eine klimaneutrale Verwaltung (vom Papier- über Energieverbrauch bis zur Nutzung umweltschonender Transportmittel für alle Wege der Verwaltung und der Arbeitswege der Mitarbeiter*innen). Der Fahrradwegeplan muss höchste Priorität bekommen. Unser Antrag »Dresdens Märkte plastikfrei« beinhaltet konkrete Maßnahmen, die wir in der Stadt selbst umsetzen können. Notwendige Maßnahmen dürfen jedoch Menschen mit geringem Einkommen nicht noch mehr belasten und niemanden von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausschließen. *Margot Gaitzsch*

Zeitraum	Temperatur	Niederschlag	Sonnenschein
Sommer 2019	+ 2,8	53 %	132 %
Frühjahr 2019	+ 0,8	82 %	116 %
Winter 2018/19	+ 2,0	141 %	113 %

Die Werte geben die durchschnittlichen Abweichungen zum langjährigen Mittel von 1981 bis 2010 an. (Quelle: <https://www.wetterkontor.de/de/wetter/deutschland/monatswerte-station.asp?id=10488>)



Trotz der Kälte war die Stimmung am Infostand locker und entspannt.

IM GESPRÄCH

Tapfer bei eisigem Wind

Im Rahmen des neuen Formats »Im Gespräch« standen Sozialbürgermeisterin Dr. Kris Kaufmann und LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach im November bei eisigem Wind am Pirnaischen Platz. Dort diskutierten sie mit Bürgerinnen und Bürgern, die sich für aktuelle Themen aus dem Stadtrat interessierten. Auch eine Pegida-Anhängerin und ein Mitglied der AfD kamen, um zu behaupten, dass es in Dresden weder Nazis noch Probleme mit solchen gebe – eine Auffassung, die sie exklusiv für sich hatten.

Die Redaktion

FAHRPREISE BUS UND BAHN

Fehlende Fähigkeit zum Kompromiss



Der Dresdner Stadtrat konnte sich nicht auf ein gemeinsames Votum bezüglich der Tarifierhöhung im Nahverkehr einigen, nun steigen die Fahrpreise.

SPD und die Grünen blockieren die Einigung bezüglich der Tarifierhöhung im öffentlichen Nahverkehr. Nun werden die Tickets ab Sommer 2020 teurer.

Kurz vor der Sondersitzung des Stadtrats setzt OB Hilbert eine Vorlage auf die Tagesordnung, um sich vor der geplanten Tarifierhöhung mit dem Rat auf ein gemeinsames Votum zu verständigen. DIE LINKE handelt mit der CDU einen Kompromissvorschlag aus, einer Erhöhung der Parkgebühren zuzustimmen, aber dafür die Abo-Monatskarte stabil zu halten und Handwerker, soziale Dienste und Berufspendler von der Preiserhöhung fürs Parken auszunehmen. Auch das 365-Euro-Ticket wird zur Sprache gebracht, für das OB Hilbert

bis April einen finanziell untersetzten Vorschlag vorlegen soll. All das scheitert jedoch am vehementen Widerstand von Grünen und SPD.

Durch ihre Ablehnung stimmt schließlich auch die CDU gegen Hilberts Vorlage, so dass die notwendige Mehrheit nicht erreicht werden konnte. Dazu Stadtrat Jens Matthis (DIE LINKE): »Die fehlende Kompromissfähigkeit in Richtung CDU hat leider dazu geführt, dass in Punkto Parkgebühren nun gar nichts beschlossen wurde. Ich sehe auch nicht, wo in den nächsten fünf Jahren dafür eine Mehrheit ohne den moderaten CDU-Flügel herkommen soll.«

Der Einzelfahrschein soll ab Sommer 2020 nun 2,50 Euro kosten, die Monatskarten verteuern sich um drei bis vier Prozent.

Die Redaktion

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresder Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
Fax: 0351/4882823
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Caroline Lentz, Jana Neveling, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Geschäftsstelle (1,3)

Jana Neveling (2), Linksjugend/solid (2), Tony B/pixabay (2), Michael Rammler (4), Olaf Holowenko (4), Tilo Wirtz (5), Marco Dziallas (6), Marco Barnebeck/pixelio (6), Stephanie Albert/pixabay (6), Annamartha/pixelio (7), Th. Reinhardt/pixelio (7), Frank Grätz (7), Nik Styles/pixelio (8), meidresden/pixabay (8), Jana Neveling (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 5000 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss

28.11.2019

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

WILDE PARTY IM RATHAUS

Soviel kostete Hilberts Sause

Obbürgermeister Dirk Hilbert fehlt zwar immer mal wieder bei Stadtratssitzungen. Dafür feiert er gern und schmeißt Jahr für Jahr eine große Party im Rathaus. An einem einzigen Abend wurden dafür rund 150.000 Euro(!) an Steuergeldern verprasst, wie jetzt eine Anfrage von Stadtrat André Schollbach ergab. Ganz schön viel, meint der LINKEN-Fraktionsvorsitzende: »Während bei der Jugendhilfe oder den Kulturvereinen jeder Euro dreimal herumgedreht werden muss, wird städtisches Geld hier mit vollen Händen ausgegeben. Herr Hilbert benutzt diese Partys, um sich selbst zu inszenieren und Hof zu halten.«

Die Redaktion



OB Hilbert versucht mit einer Party im Rathaus bei Erstwähler*innen zu Punkten. (Symbolbild)